

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Stationspreis: Tagesblatt Riesner.  
Sonntag Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des  
Rates der Stadt Riesner, des Finanzamts Riesner und des Hauptzollamts Riesa.

Postkassentort: Dresden 1530  
Stroßlaß Riesner Nr. 22.

Nr. 264.

Freitag, 12. November 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Sonntagspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Wechsler. Für den Fall des Austritts von Produktionsbetriebsstätten, Eröffnungen der Abnahme und Materialpreisen bezahlen wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (8 Zeilen) 25 Cent-Pfennige; die 20 mm breite Restamezeile 100 Cent-Pfennige; Zeitraumbänder und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Demöglicher Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rückzug gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesner. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Gehähe an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Postämter oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Ranges & Winterlich, Riesner. Geschäftsstelle: Poststraße 29. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Riesner; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesner.

## Regierungsbildung und Parteien.

Von Prof. Dr. Ernst Boehm, Dresden.

Dresden. Die bunte und an inneren Gegensätzen reiche Zusammensetzung unserer neuen Landtages erzeugt vielfach Besorgnis. Man will nicht recht an die Möglichkeit glauben, daß von ihm eine leblich fest im Sattel sitzende Regierung gebildet werden könnte. Prüft man die in Betracht kommenden Verfassungsbestimmungen und die durch die Wahlen nunmehr geschaffenen neuen Parteienverhältnisse unserer Landtages, so ergeben sich solche Befürchtungen auf den ersten Blick in der Tat als nicht unbegründet.

Das Bilden einer neuen Regierung und ihr verfassungsmäßiges Wiederaberrufen regeln die Artikel 26 und 27 der sächsischen Verfassung. Ministerpräsident wird von dem Landtag mit mehr als der Hälfte der abgegebenen Stimmen dazu erwählt. Die übrigen Minister werden vom Ministerpräsidenten ernannt und können jeder einzeln und für sich wieder zurücktreten oder zum Rücktritt dadurch gezwungen werden, daß die Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Abgeordneten, d. h. mindestens 49, dies fordert oder ihnen das Vertrauen entzieht. Ein freiwilliger oder erzwungener Rücktritt des Ministerpräsidenten hat den Rücktritt des gesamten regierenden Kabinetts zur Folge. Aber bis zum Dienstantritt einer neuen Regierung führen die bisherigen Minister die Geschäfte weiter.

Diese Bestimmungen sind einfach und klar. Nach Lage der Parteiverhältnisse können sie aber zu mancherlei Schwierigkeiten führen. Daß es den Kommunisten und Antifaschisten gelingen könnte, 49 Stimmen für einen linksradikalen Ministerpräsidenten zu gewinnen, ist unwahrscheinlich. Zusammen bringen sie nur 45 Stimmen auf. Aber ihr Kandidat könnte mit diesen Stimmen trotzdem gewählt werden. Es bräuhete u. B. infolge von Unstimmigkeiten zwischen den nicht zur radikalen Linken gehörenden Parteien nur sieben Abgeordnete der Zustimmung fern zu bleiben oder keine Stimmen abzugeben, um einen Kandidaten der vereinigten Antifaschisten und Kommunisten unter Umständen zum Ministerpräsidenten wählen zu lassen. Freilich könnte eine so zustande gekommene Regierung schon in den nächsten Sitzungen des Landtages wieder zum Rücktritt gezwungen werden. Aber die Geschäfte würde sie zunächst einmal in die Hände bekommen und solange weiter führen, bis ein neuer Ministerpräsident gewählt wäre und sein Kabinett bestimmen hätte.

Darin liegt nun schon eine gewisse Gefahr. Es ist aus vielen Gründen erwünscht, daß nach dem Zusammentritt des neuen Landtages recht bald eine neue Regierung zustande käme. Aber bis dies der Fall ist, möchte das gegenwärtige Kabinett, das nach parlamentarischen Brauch seine Ministerliste dem neuen Landtage sogleich zur Verfügung stellen wird, als geschäftsführendes Ministerium am Ruder bleiben. Es wäre bedauerlich, wenn es durch Unvorsichtigkeit oder wegen Verzögerungen zwischen den Parteien zum Niederlegen der Geschäfte gezwungen würde, ehe die endgültige neue Regierung gebildet worden wäre. Das aber könnte durch die Jufallwahl eines linksradikalen Ministerpräsidenten bewirkt werden. Einem solchen und seinen Leuten sind nur für einige Tage oder gar Wochen die Führung der Staatsgeschäfte in die Hände gleiten zu lassen, wäre ein Unglück und würde die schuldigen Parteien mit schwerer Verantwortung belasten. Denn die radikalen Dicker könnten schon in kurzer Zeit immerhin einiges in Scherben schlagen.

Aber die gleiche Gefahr würde bei jeder neuen Kabinettskrise immer wieder eintreten. Denn die sonderbar zerstückelte Zusammensetzung des neuen Landtages hat die Lage jeder von ihm gebildeten Regierung gegenüber den während der letzten sechs Jahre geltenden Verhältnissen in der hier in Betracht kommenden Beziehung geradezu umgekehrt. Bisher war es immer leicht, einen neuen Ministerpräsidenten zu wählen, aber es war für die Oppositionsparteien schwierig oder unmöglich, gegen ihn die für ein wirksames Misstrauensvotum erforderlichen Stimmen zusammen zu bringen. Künftig könnte, bei kurzfristigen Verhalten einzelner Parteien eine solche Vertrauensentziehung verhältnismäßig leicht einmal zustande kommen, aber es wäre außerordentlich schwer, dann wieder ein neues Kabinett zu bilden.

Und hierin liegt doch eine begründete Hoffnung, daß wir auch im neuen Landtage zu einer ausreichend gesicherten Regierung und damit zu stetigen politischen Verhältnissen kommen werden. Da teils der sieben im Gegensatz zu den linksradikalen Sozialisten und Kommunisten stehenden Parteien allein etwas erreichen könnte, auch teils von ihnen zu bildende Gruppe von Parteien ausreichende politische Tragfähigkeit besäße, um ein wirklich arbeitsfähiges Kabinett stützen zu können, müssen sie sich aus dem einfachen Zwange der Not, etwas Greifbares und Sichtbares zu leisten, doch endlich zusammenschließen und gemeinsam vorgehen.

Die Form, die sie dafür finden, ist schließlich Nebensache. Eine Regierung, die nach links oder rechts hin entscheidend Neues schaffen möchte, ließe sich auf solche Weise freilich nicht bilden. Aber eine sachliche, den Staatsnotwendigkeiten einigermaßen genügende Regierungspolitik mittlerer Linie ließe sich Jahre lang auf diesem Wege machen. Und das wäre, wie die Dinge in Sachsen nun einmal liegen, immerhin zugetragen.

## Die Regierungsbildung in Sachsen.

Deutschnationale Bereitschaft zur Regierungsbildung mit der A. S. P.

Die Deutschnationalen Sachsen fordern Regierungsbeteiligung.

Aus deutschnationalen Kreisen wird dem „Sächsischen Zeitungsdienst“ geschrieben:

Im letzten Wahlkampf ist namentlich von der Deutschen Volkspartei den Deutschnationalen vorgeworfen worden, sie hätten gar keinen Anteil an der Beseitigung der Dinge in Sachsen, weil sie immer die Oppositionspolitiker trieben. Dieser Vorwurf war sachlich gar nicht gerechtfertigt, denn die Deutschnationalen haben im letzten Landtag in weitestgehendem Maße überall dort positiv mitgearbeitet, wo sie nicht von vornherein durch die Keiner-ansicht der Großen Koalition bewußt ausgeschlossen wurden oder wo nicht der sozialdemokratische Einfluß in der Einstellung der Koalitionsregierung über Gebühr stark zum Ausdruck kam. Im so verwunderlicher ist es, daß jetzt gerade die Deutsche Volkspartei darauf hinweist, die Deutschnationalen, die die starke bürgerliche Fraktion im neuen Landtag bilden, in der entscheidenden Frage der Regierungsbildung zu übergehen. Entgegen aller parlamentarischen Gepflogenheit, nach der die Führung in den Verhandlungen zur Regierungsbildung der stärksten Fraktion zufällt, hat es die Deutsche Volkspartei sehr eilig gehabt, um die für eine Regierungsbildung mit in Frage kommenden Parteien zu einzuwickeln, daß sie der deutschnationalen Fraktion nur eine stillschweigende, der neu zu bildenden Regierung gegenüber zugestimmte Hilfe leisten.

Auch sachlich ist diese geplante Ausschaltung der Deutschnationalen an der Regierungsbildung in nichts gerechtfertigt.

Die Deutschnationale Volkspartei hat bereits zu erkennen gegeben, daß sie einer Regierungsbeteiligung der A. S. P. D. durchaus nicht ablehnend gegenübersteht, was allem dank nicht, wenn diese Partei von nur vier Abgeordneten billigerweise darauf verzichtet, einen Ministerposten zu beanspruchen. Aber auch darüber hinaus ist erklärt worden, daß die Deutschnationalen, wenn unumgänglich, auch die Anteilnahme eines Ministerpostens an die A. S. P. D. nicht grundsätzlich ablehnen würden, so lange die A. S. P. D. aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ausgeschlossen bleibt und sich zum Nationalstaat bekennt.

Die Erklärung macht für die Versuche, die Deutschnationalen von der Regierungsbildung auszuschalten, Berliner Einflüsse verantwortlich und scheidet dann fort:

Demgegenüber muß noch einmal mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß die Deutschnationalen Sachsen nicht gewillt sind, so mit sich umbringen zu lassen.

Sie werden von ihrer Forderung auf Mitwirkung an der neuen Regierungsbildung auf keinen Fall abgehen.

Wenn sie wieder in die Opposition gedrängt werden, dann haben die Verantwortlichen für die Folgen dieser Forderungen zu tragen, die um der Großen Koalition im Reich willen die in Sachsen durch das mögliche Regierungsbildung von den Deutschnationalen bis zu den Antifaschisten zu verhindern suchen. Treibt man es so weit, dann werden sich die Deutschnationalen aus ihrer ungewollten Oppositionstellung heraus sehr bald zur Geltung bringen. Eine sächsische Minderheitsregierung unter Ausschluß der Deutschnationalen und mit Einschluß der Antifaschisten würde ohne die 14 deutschnationalen Stimmen im Landtag gar nicht leben können.

## Reichsratsbeschlüsse.

Berlin. Der Reichsrat genehmigte in seiner öffentlichen Sitzung vom Donnerstag den Beschlüssen betreffend Krisenfürsorge für Erwerbslose, wonach den Ausgeweiteten die je nach Erwerbslosensituation bis zum 31. März 1927 weiter zuteil wird, wobei das Reich 75 und die Gemeinden 25 Prozent der Kosten tragen.

Angenommen wurde weiter ein Gesetzentwurf über die Abtretung von Beamtenbeschlüssen zum Heimkehrbau für Beamte und ein Gesetzentwurf über Änderungen des Pressegesetzes. Durch die Novelle zum Pressegesetz wird bestimmt, daß, wer nach gesetzlicher Vorschrift nicht oder nach besonderer Zustimmung oder Genehmigung strafrechtlich verfolgt werden kann, nicht verantwortlich Redakteur einer periodischen Druckchrift sein darf. Dadurch sind nicht nur immunität Privilegien ausgeschlossen, sondern auch Persönlichkeiten, die kraft ihrer Exterritorialität unverfolgbar sind.

Ferner erklärte sich der Reichsrat einverstanden mit dem Gesetzentwurf über eine Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich über den Austausch von Erzeugnissen einiger deutscher und französischer Industrien.

Auch der Gesetzentwurf über Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Vorschriften des Reichsgerichts (Annahme des Staatsgerichtshofes, wozu auch die Gerichtsstände im einzelnen Falle verpflichtet werden) wurde angenommen und weiter gegen die Stimmen von Württemberg, Bayern und Baden das neue Spiritusmonopolgesetz. Die drei genannten Staaten stimmten gegen die Vorlage, insbesondere wegen der Aufhebung der bisherigen Bevorratung der kleinen sächsischen Abfindungsbrennereien.

## Die Stellungnahme der Antifaschisten.

ib. Dresden, 11. Nov. Das Organ der Antifaschisten, „Der Volkstaat“, beschäftigt sich mit der Stellungnahme der Deutschnationalen Volkspartei zur Frage einer Koalition von den Deutschnationalen bis zu den Antifaschisten und bemerkt dazu:

„Es erscheint nicht geboten, zu den Beratungen der Deutschnationalen Stellung zu nehmen, eins aber sei doch bemerkt, man kann der Frage der sächsischen Regierungsbildung nicht mit den üblichen Beratungen und Parteistellungen zu Leibe rücken; würde man es tun, wäre sie niemals zu lösen. Das staatspolitische Verantwortungsgesühl gebietet, von manchen Vereinnahmungen Abstand zu nehmen. Wichtiger als die Rücksichtnahme auf gewohnte Auffassungen ist die Rücksichtnahme auf das Wohl des Landes. Die Verantwortung der Regierung läßt einfache Regierte nicht an; es gibt angedeutet dieser Verantwortung überhaupt nur Wege die vom Gewöhnlichen abweichen. Die Parteien, die das am ehesten begreifen und die den Mut aufbringen, am entscheidenden die Konsequenzen aus dieser außergewöhnlichen Lage zu ziehen, werden sich die größten Verdienste um das sächsische Volk erwerben.“

## Das amtliche Gesamtergebnis der Landtagswahl.

Am Donnerstag mittag wurde in einer Sitzung des Landeswahlausschusses das Wahlergebnis der Landtagswahl für ganz Sachsen amtlich festgestellt. Es wurden insgesamt 2358263 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die

Partei	Stimmen
Alle Sozialdemokratische Partei	97 885
Deutschnationale Volkspartei	341 159
Deutsche Volkspartei	292 085
Sozialdemokratische Partei	758 005
Kommunistische Partei	342 352
Demokratische Partei	111 467
Birchenschaftspartei	217 626
Polk.-Soz. Arb. Gem.	10 356
Zentrum	24 089
Nationalsozialist. Arbeiterpartei	87 725
Aufwertungspartei	68 478
Hausbes.-Reichsverb.	7 011

Die Wahlzahl, die sich ergibt, wenn man die Zahl sämtlicher gültigen Stimmen durch 96 (Zahl der Landtagsitze) dividiert und die zur Berechnung der Zahl der Mandate jeder Partei dient, beträgt 24568. An der bereits bekanntgegebenen Verteilung der Mandate ändert sich nichts: Alle Sozialdemokratische Partei 4, Deutschnationale Volkspartei 14, Deutsche Volkspartei 12, Sozialdemokratische Partei 31, Kommunistische Partei 14, Demokratische Partei 5, Wirtschaftspartei 10, Volklich-Soziale Arbeitsgemeinschaft 0, Zentrum 0, Nationalsozialistische Arbeiterpartei 2, Aufwertungspartei 4, Hausbesitzer-Reichsverband 0 Sitze. Die Namen der Gewählten haben wir bereits alsbald nach der Wahl veröffentlicht. Der Ausschuss erklärte die Befreienden für gewählt. Der Vorsitzende, Geh. Regierungsrat Dr. v. Hengendorff, erklärte zum Schluß, daß vielleicht einige der Gewählten ihre Mandate ablehnen würden, dann würden die auf dem betreffenden Wahlvorschl. nachfolgenden nachrücken. (Es kommt hierbei bekanntlich vor allem der in Dresden gewählte antifaschistische Abgeordnete Rud in Frage, an dessen Stelle der bisherige Abgeordnete Bette treten würde.)

## Besprechungen über die Arbeitszeit.

qu. Berlin. In der Verhandlungsausschuss des Reichstages wird, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, das Arbeitszeitgesetz fertiggestellt und dem Kabinett, dem Reichsrat und dem Parlament zugewendet werden. Es sollen am Referententwurf noch einige Änderungen vorgenommen werden, die sich nach der Rücksprache des Reichskanzlers mit Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer als notwendig herausgestellt haben. In Regierungskreisen hofft man, daß die Sozialdemokraten das Gesetz tolerieren werden, und daß damit das Notgesetz in der Arbeitszeit, das von den Sozialdemokraten am Wunsch der freien Gewerkschaften im Reichstag vorgelegt werden soll, hinfällig wird. Vor der Besprechung im Plenum wird der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns die Koalitionsparteien empfangen und ihnen den Standpunkt des Kabinetts darlegen. Bisher gehen die Wünsche der Regierungsparteien über die Arbeitszeitgesetzgebung noch sehr auseinander.

## Der Krieg in China.

X. Paris. Die Agentur Judo Asiaticque berichtet aus Peking, daß die verbündeten Truppen die Provinz Kiangsi endgültig verloren hätten. Der Schauplatz der Operationen in Mittelchina sei jetzt die Provinz Kiangwei, deren Hauptstadt Kiangtung von den Kantontuppen ernstlich bedroht sei. Entschlossen ließe sich auf Kiangtung zurück. Angeht die Lage habe Tschangschin, der in Peking erwartet werde, seine Kräfte verschoben. Wupetu habe dringend in Rufden Verstärkungen und Munition angefordert.